

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Scheibner  
und Kollegen

eingebracht im Zuge der Debatte über den dringlichen Antrag zum Thema „die große Koalition als Sicherheitsrisiko für Österreich“

betreffend Einrichtung einer Sexualstraftäterdatei und eines Datenverbunds zum Kinderschutz

Bei sexuellem Missbrauch von Kindern besteht angesichts von jährlich rund 2.500 bekannt werdenden Fällen und einer um ein Vielfaches höher liegenden Dunkelziffer nicht zur Anzeige gebrachter Missbrauchsfälle weiterhin massiver Handlungsbedarf. Im Regierungsprogramm ist nur die Einrichtung einer Sexualstraftäterdatei zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorgesehen, ihre konkrete Ausgestaltung und Zugänglichkeit bleibt aber offen. Dieses Vorhaben wird vom BZÖ, das gleichartige Forderungen schon lange erhoben hat, selbstverständlich unterstützt. Sinnvoll wäre es aber, Informationen über gefährliche Sexualstraftäter nach ausländischem Vorbild auch für mögliche Opfer zugänglich zu machen.

Einige aktuelle Fälle haben gezeigt, dass derzeit ein eklatanter Mangel daran besteht, das Wissen aller, die mit einem Kind und seinen Lebensverhältnissen in Kontakt kommen und Verdacht schöpfen können zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Verwahrlosung und Vernachlässigung zu verknüpfen, damit auch eine Häufung ungeprüfter Eindrücke zum Anlass für entsprechende Überprüfungen der Lebenssituation genommen wird. Ein entsprechender Datenverbund bzw. die Einrichtung einer Datei, in die alle Verdachtsmomente einfließen können, wäre daher mehr als sinnvoll.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachstehenden

### Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird ersucht, neben der geplanten Sexualstraftäterdatei, die über Internet öffentlich einsehbar gestaltet sein sollte, auch eine Datei für Verdachtsfälle der Misshandlung oder Vernachlässigung von Kindern und Unmündigen einzurichten, die geeignet ist, das Wissen von Lehrern, Jugendwohlfahrtsträgern, Polizisten, Gemeinden, privaten Hilfsorganisationen, Ärzten, Krankenhäusern, Nachbarn, Schulkameraden etc. zu vernetzen, um bei einer Häufung von Verdachtspunkten eine effektive Kontrolle sicherzustellen.“

Wien, am 22. März 2007

